

Kurzarbeit

Probleme nicht auf Kosten der Beschäftigten lösen

Derzeit befinden sich viele Kolleginnen und Kollegen aufgrund der Corona Pandemie in Kurzarbeit. Grundsätzlich hat das Deutsche Sozialsystem das sehr gute Mittel des Kurzarbeitergeldes zur Unterstützung der Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu sichern.

Dieses Mittel wird derzeit von einigen Arbeitgebern als einfache Hängematte gesehen und als soziales Alibi missbraucht. Dies zeigen die unterschiedlichsten Betriebsvereinbarungen allein in der Branche der Luftverkehrswirtschaft.

In den vergangenen Wochen ist in ganz Deutschland ein Flickenteppich an Vereinbarungen entstanden. Es gibt Arbeitgeber, die sich Ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind und das Kurzarbeitergeld entsprechend aufstocken. Auf der anderen Seite die Unternehmen, welche Ihre Angestellten in finanzielle Notlagen bringen. Einige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Einkommensverluste von bis zu 1000,00€. Dies bringt viele Haushalte in finanzielle Notlagen und kann im Nachgang zur Abwanderung von wichtigen Fachkräften sorgen.

Die Bundesregierung hat für Wirtschaftsunternehmen in den vergangenen Wochen riesige Rettungsschirme aufgespannt um die Zukunft Dieser zu sichern. Nun gilt es, dass dies auch bei den Beschäftigten ankommt.

Da viele Unternehmen nicht von sich aus bereit sind, das Kurzarbeitergeld aufzustocken und sich Ihrer sozialen Verantwortung entziehen, fordert der Verband Private Sicherheit eine politische Intension, damit Probleme nicht auf betriebliche Ebenen verlagert werden und damit faire Lösungen nicht vom guten Willen der einzelnen Arbeitgeber abhängig sind.

Zudem werden wir, der Verband Private Sicherheit (VPS), das Thema in die Tarifkommission des dbb beamtenbundes und tarifunion mitnehmen.

„Die Kasse des Ministerium für Arbeit und Soziales sind gut gefüllt“, so der Bundesvorsitzende des VPS Lars Frosina. „ Dies verdankt die Gesellschaft in guten Zeiten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern!“ so Frosina weiter.

Auch der dbb beamtenbund und tarifunion hat dies bereits erkannt und schon Mitte März die Politik zum Handeln aufgefordert.

Volker Geyer, dbb Fachvorstand für Tarifpolitik, sagte dazu: „Eine grundsätzliche Erhöhung ist angezeigt. Das ist nicht nur insbesondere für die unteren Einkommensgruppen essenziell, sondern für eine starke Binnennachfrage auch volkswirtschaftlich sinnvoll.“

Wirtschaftliche Probleme aufgrund von zu großen Ertragsinteressen der Vergangenheit dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst werden.



Mitgliedsverband der



In Kooperation
mit der



Herausgeber:
Verband
Private
Sicherheit
Alt-Moabit 96a
10559 Berlin
Telefon:
(030)39 90 63 21
Mail:
vps@komba.de
www.vps-
komba.de
Verantwortlich:
Lars Frosina
Vorsitzender